

Die Türkei auf dem Weg in die EU – politische Kriterien und Chancen

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst einmal danke ich der Friedrich-Naumann-Stiftung bzw. der Thomas-Dehler-Stiftung und insbesondere Cigdem für die freundliche Einladung.

Ich freue mich, dass ich zu den heute und hier geführten Diskussionen auch aus der Sicht der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung einige Gedanken beitragen kann.

I. Harte und weiche Kriterien

1. Kopenhagener Kriterien und andere

Ausgangs- und Bezugspunkt der politisch-fachlichen Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei sind die 1993 festgelegten Kopenhagener Kriterien. Klassischerweise werden hier drei Gruppen von Kriterien zitiert. Zunächst gibt es das „politische Kriterium“. Dabei geht es um institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten. Des Weiteren gibt es das „wirtschaftliche Kriterium“, wonach ein Beitrittsland eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten, aufweisen muss. Schließlich gibt es das „Acquis-Kriterium“. Damit ist die Fähigkeit eines Beitrittskandidaten angesprochen, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt, das gemeinschaftliche Regelwerk zu übernehmen. Der *acquis communautaire* wird im Deutschen üblicherweise „Gemeinschaftlicher Besitzstand“ genannt. Einige zitieren noch ein viertes Kopenhagener Kriterium, welches darin besteht, dass die EU ihrerseits auch fähig und in der Lage ist, den neuen Beitrittskandidaten aufzunehmen. Wenn man hier von den politischen Aspekten eines Beitritts spricht, so sind vornehmlich das erste aber auch das dritte und das so genannte vierte Kriterium angesprochen.

Neben den eben genannten Kriterien, die ich gerne „harte Kriterien“ nennen möchte, werden in der allgemeinen Debatte noch eine Fülle weiterer, „weiche Kriterien“ diskutiert. Diese Kriterien mögen neben den genannten harten Kriterien stehen, mögen sie ergänzen, überlagern, sich mit

ihnen überschneiden oder aber wie dies vielfach auch anzutreffen ist, als unausgesprochener Subtext zur Debatte bestehen. Ich denke hier etwa an die Argumente, die Türkei möge religiös, kulturell, geschichtlich, geographisch zur EU passen oder aber nicht passen.

Vieles an der vorgenannten Diskussion der weichen Kriterien kann man unter der Frage zusammenfassen, ob die Türkei „europäisch“ ist. Dies meine ich in dem Sinne, wie der europäische Verfassungsvertrag in Artikel 1 des Titels 1 Absatz 2 sagt:

□Zitat□ „Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen.“ □Zitat Ende□

Ich möchte hier die These vertreten, dass der Begriff „europäisch“, wie er in der Debatte gebraucht wird, eben nicht fest umrissen ist, sondern sich dahinter eine Fülle von weichen Kriterien verbirgt. Zu diesen weichen Kriterien möchte ich weiter die These vertreten, dass sie abwägungsfähig sind, und dass man hier ein mehr oder weniger durchaus hinnehmen kann. Dies gilt für mich im Gegensatz zu den Kopenhagener Kriterien, bei denen auf kein einziges verzichtet werden kann und die klar in zureichendem Maße erfüllt sein müssen.

Man kann zur Frage, ob die Türkei europäisch ist, durchaus mit den Verfassern des Berichtes der unabhängigen Türkei-Kommission vom September 2004 (der deutsche Vertreter war Kurt Biedenkopf) einer Meinung sein. Diese gehen ohne größere Umschweife davon aus, dass die Türkei ein europäisches Land ist. Dies wird im wesentlichen als politisches Faktum gesehen. Die Türkei sei bereits 1949, nur wenige Monate nach Unterzeichnung des Londoner Vertrages, und im übrigen einige Jahre vor Deutschland, in den Europarat aufgenommen worden. Bereits damals sei man unproblematisch davon ausgegangen, dass die Türkei ein europäisches Land sei. Zudem sei es eine Tatsache, dass die Türkei Vollmitglied in allen wichtigen europaweiten Institutionen ist (z. B. OECD, OSZE, europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, im übrigen aber auch UEFA oder als Teilnehmer, Gewinner und Ausrichter des Grand Prix d`Eurovision de la Chanson). Die einzige Ausnahme: die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

So unproblematisch wird dies in der öffentlichen Debatte aber bekanntermaßen nicht gesehen. Man hat das Gefühl, als habe es erst in den letzten paar Jahren eine Kontinentaldrift der Türkei in Richtung Asien gegeben oder aber einen massenhaften Übertritt von Türken zum Islam. Nachdem dies bei allen völkerrechtlichen Schritten vorher kaum eine große Rolle gespielt hat, wird jetzt teilweise derart forsch über die angeblich mangelnde Zugehörigkeit der Türkei zu

Europa diskutiert, als sei mit einer geographischen oder religiösen Feststellung das K.O.-Kriterium gefunden, um die Türkei außen vor zu halten.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird denn im Moment auch größtenteils über diese „weichen Kriterien“ der Europäischkeit der Türkei diskutiert, und viel weniger über die Kopenhagener Kriterien. So war der letzten FAZ am Sonntag (31.10.2004) eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zu entnehmen, wonach die hauptsächlich geäußerten Bedenken gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind: „Kultur, Religion, passt nicht zu Europa“: 21 %; „Demokratiedefizite“: 12 %; „geographische Lage“: 8 %; „wirtschaftliche Instabilität“: 7 %; „Einwanderung türkischer Arbeitnehmer“: 5 %; „Einfluss des Islam in der Türkei zu groß“: 2 %. Die numerische und vor allem prozentuale Mehrzahl dieser Gegenargumente lässt sich überhaupt nicht unter die Kopenhagener Kriterien subsumieren, sondern gehört den von mir so genannten „weichen Kriterien“ an.

Wie disparat selbst klar scheinende „weiche Kriterien“ teilweise diskutiert werden, mag man an Malta und Zypern sehen. Malta, so behaupten viele, liegt in Afrika, was aber in der Debatte zu dessen Beitritt überhaupt keine Rolle gespielt hat. Bei Zypern kann man ganz unterschiedliches lesen. So habe ich dem Handelsblatt entnommen, Zypern gehöre geographisch zu Europa, wohingegen die Financial Times Deutschland der festen Auffassung war, Zypern gehöre geographisch zu Asien. Wahrscheinlich gehört es in jedem Falle geologisch zu Asien, wohingegen die Türkei zwar geographisch zu einem großen Teil zu Asien gehört, geologisch jedoch zum größeren Teil zu Europa. An dieser Begriffsverwirrung mag man schon sehen, wie unklug es wäre, sich aus solchen Fragen ein K.O.-Kriterium zu zimmern.

2. Religion und Geschichte versus Werte

Die drei hauptsächlichsten Fragen, die sich, jeweils „weiche Kriterien“ betreffend, im Zusammenhang mit dem Begriff „europäisch“ abhandeln lassen, dürften durch folgende Stichwort zu bezeichnen sein: Europa als Wertegemeinschaft. Europa als Religionsgemeinschaft, Europa als geschichtlich-kulturelle Gemeinschaft. Da wir hier über Politik diskutieren, möchte ich einmal ganz pragmatisch an die Sache herangehen und fragen, was klug und politisch vernünftig wäre. Worauf sollte richtigerweise die EU ihre Identität stützen? Ich meine, das wichtigste pragmatische Ziel sollte politische Stabilität und die Entwicklungsfähigkeit der EU sein.

Meines Erachtens ist dem historisch-kulturellen Argument und dem religiösen Argument dann folgendes entgegenzuhalten. Der Rechtsphilosoph, Verfassungsrechtler und ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde aus Freiburg vertritt These, dass demokratische Gesellschaften zu ihrer stabilen Existenz von Voraussetzungen abhängen, die sie selbst nicht garantieren können. Es muss also erst eine durch Gemeinsamkeiten zusammengehaltene Gesellschaft da sein, auf der dann die Demokratie und der Rechtsstaat aufbauen können. Wenn man dies auf die EU überträgt, so mag man sich fragen, was denn dort diese vorausgesetzte Stabilität garantieren kann. Dies können meines Erachtens nicht Religion, Kultur oder Geschichte sein. In keinem dieser Gebiete sind die Auffassungen der Bevölkerung, sowohl empirisch, wie auch normativ, monolithisch beschaffen. Weder haben alle dieselbe religiöse Auffassung, noch gibt es die Meinung, dass alle dieselbe Auffassung haben sollten. Weder haben alle dieselbe Geschichtsauffassung, noch gibt es die Meinung, dass alle dieselbe Geschichtsauffassung haben sollten. Weder haben alle dieselben kulturellen Ansprüche, noch gibt es die Auffassung, daß alle dieselben kulturellen Ansprüche haben sollten.

Vielmehr mag es viele Christen in der EU geben. Ich bezweifle jedoch, dass hier überhaupt noch eine stabile absolute Mehrheit erreicht wird, schon gar nicht für eine einzige christliche Konfession. Es gibt eben eine Fülle von religiösen Auffassungen, oder auch eine Indifferenz zu oder Ablehnung von Religion.

Ähnliches mag für Kultur gelten. Hier wird stets so getan, als gäbe es ganz unproblematisch eine einheitliche europäische Kultur. Dies dürfte empirisch jedoch kaum zutreffen. Was dem einen unterhaltsam ist, ist dem anderen niveaulos, und was dem anderen anspruchsvoll ist, ist dem einen unverständlich.

Gleichermaßen dürfte die Geschichtsauffassung disparat und zersplittert sein. Hier hat jedes Volk oder gar jede lokale Gruppe eine jeweils eigene Sicht. Zum Beispiel mag das Jahr 1492 von einem amerikanischen Ureinwohner ganz anders gesehen werden, als von einem Genueser, ganz anders gesehen werden von einem Nachfahren der damals aus Spanien ins Osmanische Reich geflohenen sephardischen Juden oder aber einem spanischem Katholiken. Sind sich, um einmal ganz vorne anzufangen, Deutsche und Franzosen überhaupt einig, ob Charlemagne / Karl der Große Deutscher oder Franzose ist, obwohl die Frage selbst schon unsinnig ist? Bernard von Clairvaux, der Kreuzfahrerpropagandist, mag für die einen ein

Heiliger sein, für die anderen ein Hassprediger und Anstifter zur Rekrutierung von Kindersoldaten und zum Massenmord. So wird denn am 20. August der Gedenktag des Mannes begangen, der sagte:

[Zitat] „Ein Ritter Christi tötet mit gutem Gewissen; noch ruhiger stirbt er. Wenn er stirbt, nützt er sich selber; wenn er tötet, nützt er Christus.“ [Zitat Ende]

Die Österreicher wollen den Mozart gerne für sich haben, aber den Hitler an uns abtreten, ebenso wie man bei Herrn Händel unterschiedlicher Ansicht sein kann. Bei Personen wie bei geschichtlichen Daten wird man fast stets zu unterschiedlichen Auffassungen kommen; erst in jüngster Zeit etwa ist man zu einer europaweit halbwegs gemeinsamen Haltung zum 8. Mai 1945 gekommen, etwa seit von Richard von Weizsäckers berühmter Rede.

Nach alledem ist es also viel klüger, die europäische Identität auf Werte zu stützen, wie sie etwa im europäischen Verfassungsvertrag angesprochen sind. Hier heißt es:

[Zitat] „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet.“ [Zitat Ende]

Das ist doch ein schöner Katalog. Auch wenn hier von nicht alles in allen Mitgliedsstaaten oder bei allen Mitgliedsaspiranten zu 100 % erfüllt sein sollte, so wird es doch rein empirisch so sein, dass die ganz überwältigende Mehrheit der Bevölkerung jedenfalls der Meinung ist, dass diese Werte gelten sollen.

Dabei dürfte im übrigen eine klare Grenzlinie zwischen der Türkei und anderen Staaten zu ziehen sein, von denen es jetzt vielfach als argumentum ad absurdum heißt: „Wenn wir die Türkei nehmen, dann können wir xyz nicht ablehnen, wenn man von dort auch an die Tür klopft.“ Ich kann etwa in der Ukraine oder in Weißrussland nicht annähernd den Grad an Zustimmung zu den vorgenannten Werten sehen, wie in der Türkei, weder bei der politischen Elite, noch bei der Bevölkerung.

Ich darf kurz diesen ersten Teil zusammenfassen. Für mich gibt es als „harte Kriterien“ die Kopenhagener Kriterien. Dann gibt es eine Fülle von „weichen Kriterien“, welche üblicherweise unter der Frage diskutiert werden, ob die Türkei europäisch ist. Ich meine, dass die „harten Kriterien“ nicht abwägungsfähig sind, und erfüllt werden müssen, die „weichen Kriterien“

jedoch abwägungsfähig sind und auch nur mehr oder weniger erfüllt sein können. Überraschenderweise werden in der Öffentlichkeit vorwiegend die „weichen Kriterien“ gesehen. Hierzu gehören Geographie, Kultur, Religion, Geschichte, universelle Werte. Ich halte es für unehrlich und wenig zwingend, jetzt das geographische Argument in den Vordergrund zu schieben. Des weiteren halte ich es für politisch unklug und unpraktikabel, eine europäische Identität auf Religion, Kultur oder Geschichte zu stützen, da es hier keine Einheitlichkeit gibt. Vielmehr dürfte es klug sein, von den „weichen Kriterien“ die europäischen Werte, soweit sie nicht ohnehin den harten, Kopenhagener, Kriterien angehören, in den Vordergrund zu stellen. Zu diesen bekennt sich die Türkei.

II. Kopenhagener Kriterien

Schauen wir uns jetzt einmal die Kopenhagener Kriterien an, zunächst die ersten drei und dann das so genannte vierte Kopenhagener Kriterium. Bei den ersten drei Kriterien werde ich wirtschaftliche Fragen großteils ausklammern.

Man kann die wichtigsten Dinge recht knapp in der zuletzt gegebenen „Empfehlung der Kommission an den Rat und das Parlament“ nebst anhängender „Schlußfolgerung zum regelmäßigen Bericht über die Türkei“ nachlesen. Ich möchte daher nur einige Punkte kurz zusammenfassen.

Die allgemeinen politischen Kriterien werden in der Empfehlung als eingeschränkt erfüllt angesehen. Dort werden vor allem Umsetzungsdefizite noch kritisch gesehen. Zusammenfassend heißt es jedoch:

[Zitat] „In Anbetracht der allgemeinen Fortschritte im Reformprozess und unter der Voraussetzung, dass die Türkei die oben genannten, noch ausstehenden Gesetze in Kraft setzt, ist die Kommission der Auffassung, dass die Türkei die politischen Kriterien in ausreichendem Maße erfüllt, und empfiehlt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen“. [Zitat Ende]

Einschränkungen werden vor allem bei der Umsetzung zur Aufhebung von Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gesehen, in dem Zusammenhange beim neuen Vereinsgesetz, beim mangelnden Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die zweitinstanzliche Berufungsgerichte; schließlich wird immer wieder eine „Null-Toleranz-Politik“ bei der Bekämpfung von Folter und Misshandlung betont. Letzteres wäre dann auch ein K.O.-Kriterium für den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen. So heißt es:

[Zitat] „Im Einklang mit dem Vertrag über die europäische Union und der Verfassung für Europa wird die Kommission bei einem schwerwiegenden und dauerhaften Verstoß gegen die Grundsätze der Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, auf denen die Union beruht, die Aussetzungen der Verhandlungen empfehlen.“ [Zitat Ende]

In ihren Schlussfolgerungen erkennt die Kommission erhebliche Fortschritte im politischen Reformprozess an, sowie ein deutliches Bemühen um eine wirksame Umsetzung dieser Reformen.

Dies wird im Detail dann auch noch einmal ausgeführt in der „Schlussfolgerung des Regelmäßigen Berichts über die Türkei“.

Dort finden sich zum ersten Kopenhagener Kriterium, zum eigentlichen politischen Kriterium, Lob über die Abschaffung der Todesstrafe und die Verbesserung der Lage der freien Meinungsäußerung, einschließlich des Gebrauchs des Kurdischen, Kritik allerdings zur nach wie vor bestehenden Lage nichtmuslimischer Religionsgemeinschaften und Umsetzungsdefiziten der Reformen auf allen Ebenen von Exekutive und Judikative.

Der außenpolitische Aspekt wird deutlich gelobt, insbesondere die konstruktiven Bemühungen der Türkei in der Zypernfrage. Hervorgehoben wird auch die positive Entwicklung der Beziehungen zu Griechenland. Hierzu möchte ich nur kurz anmerken, dass die noch bestehenden Spannungen mit Griechenland im Jahre 1987 bei dem von Turgut Özal vorgebrachten Beitritts-gesuch der Hauptgrund für die damalige Ablehnung waren. Bekanntermaßen hat sich Griechenland zwischenzeitlich zu einem der Befürworter eines türkischen EU-Beitritts entwickelt.

Zur Annäherung an den *acquis communautaire* äußert sich die Kommission Punkt für Punkt. Insgesamt wird hier überwiegend eher eine Nichterreicherung, als eine Erreichung gesehen. Das verwundet wenig, da es sich um etwa 80.000 Seiten Rechtstexte handelt. Zudem wäre es auch überaus ungewöhnlich, wenn bereits bei Beginn der Beitrittsverhandlungen eine überwiegende Erfüllung gegeben wäre. Das war bei anderen Beitrittskandidaten auch nicht der Fall. Der Erwerb des gemeinschaftlichen Besitzstandes wird aber ohne Zweifel noch ein überaus schmerzhafter und bislang wohl eher unterschätzter Prozess für die Türkei werden.

Kommen wir noch kurz zum sogenannten vierten Kopenhagener Kriterium. Damit ist die Aufnahmefähigkeit der EU gemeint. Selbstverständlich gibt es Reformbedarf. Das ist aber nicht

eine Hausaufgabe der Türkei, sondern eine Hausaufgabe der jetzigen EU. Ich halte es daher nicht für besonders fair, die Reformdefizite in der EU der Türkei entgegenzuhalten. Dieser Vorhalt ist auch nicht besonders zielführend, da die Türkei keine Möglichkeit hat, etwas an dem jetzigen Zustand zu ändern.

Zudem werden bis zu einem Beitritt der Türkei hoffentlich auch ohnehin dringend notwendige Reformen innerhalb der EU umgesetzt sein. Dies gilt sowohl für die Rolle der europäischen Institutionen, wie auch für die Verfahren innerhalb dieser Institutionen, etwa einen reformierten Abstimmungsmodus. So heißt es im Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission:

[Zitat] „Verfassungsbestimmungen, die es den europäischen Institutionen erlauben, sich besser an die Erfordernisse an einer größeren Mitgliederzahl anzupassen, werden bis dahin in Kraft stehen; und das Auslaufen der Budgetperiode 2007 bis 2013 wird die Möglichkeit geboten haben, die Regional- und Landwirtschaftspolitiken der Union zu überprüfen und möglicherweise im Licht der mit den neuen Mitgliedsstaaten gemachten Erfahrungen zu modifizieren.“ [Zitat Ende]

Sehr viel mehr gibt es eigentlich zu den Kopenhagener Kriterien nicht zu sagen. Es ist schon erstaunlich, wie knapp und sachlich sich die Dinge zusammenfassen lassen und wie ruhig man der weiteren Entwicklung eigentlich harren könnte, wenn man sich lediglich auf die „harten Kriterien“ und die harten Fakten konzentriert.

III. Risiken und Chancen

Wenn man über Risiken und Chancen eines EU-Beitritts der Türkei nachdenkt, so spielen wirtschaftliche Fragen eine ganz wichtige Rolle. Das ist legitim. Ich fand es nur überraschend, dass auf der einen Seite von den Europäern den USA immer wieder vorgeworfen wird, lediglich wirtschaftspolitische Interessen global zu verfolgen, auf der anderen Seite dieses Motiv bei uns aber auch sehr im Vordergrund steht. Wenn ich mich etwa an die tröstenden Worte zur verschreckten Bevölkerung seitens unseres Niedersächsischen Ministerpräsidenten und anderer anlässlich des letzten Beitritts der 10 erinnere, so war dort fast nur von den wirtschaftlichen Chancen die Rede. Dies ist aber nicht Thema meines Vortrages

Bei einer politischen Betrachtung von Chancen und Risiken wird auf der Risikoseite vornehmlich über eine Überdehnung der EU und Sicherheitsrisiken diskutiert, auf der Chancenseite über die Möglichkeit eines neuen geopolitischen Dialoges und einer neuen geopolitischen Rolle der EU.

Man fragt sich schon, welches zögerliche und verunsicherte Selbstverständnis die EU hat, wenn jeder Beitrittsprozess mit der Angst vor einer Überdehnung einhergeht. Dies ist schließlich nicht neu. Schon vor der Beitrittswelle diesen Mai hieß es von vielen Seiten, das sei alles zu früh. Diese klassische Klage hat man bereits bei dem Beitritt Irlands, Portugals, Spaniens, Griechenlands gehört. Im nachhinein haben sich solche Befürchtungen jedenfalls bislang als unbegründet herausgestellt. Udo Steinbach schreibt hierzu:

[Zitat] „Die Entscheidung der Türkei ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu nennen, setzt eine Einstellung voraus, durch die sich die europäische Union in den letzten Jahren nicht eben ausgezeichnet hat: Optimismus und Selbstbewusstsein. Wovon werden sich die europäischen Politiker leiten lassen: vom Status Quo oder der Perspektive dynamischer Wandlungsprozesse in den nächsten Jahren?“ [Zitat Ende]

Zur Überdehnung sei weiter gesagt, dass es selbstverständlich die eben schon angedeuteten Reformen der EU geben wird, aber eben nicht unbedingt aufgrund des EU-Beitritts der Türkei, sondern ohnehin. Zudem haben wir doch heute schon immer wieder angepasste Lösungen und unterschiedlich gestaffelte und beschaffene Beitrittsmodelle, ohne daß man deswegen pauschal schon von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten sprechen könnte. Nicht alle Länder nehmen am EURO teil, bei den zuletzt beigetretenen Ländern sind Freizügigkeit und Transferzahlungen eingeschränkt, usw. Solche Zwischenstufen, Zwischenschritte und Einschränkungen sind für einen EU-Beitritt der Türkei machbar und hinnehmbar.

Zudem hat sich die EU immer wieder stückchenweise neu erfunden und wird dies auch in Zukunft tun. Im Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission heißt es dazu etwa:

[Zitat] „Soweit es sich jedoch um die grundsätzliche Frage der „finalité européenne“ handelt, ist es eine Tatsache, dass sich das europäische Projekt mit jeder Erweiterungsrunde verändert hat, einschließlich und im besonderen der ersten im Jahr 1973, als Großbritannien, Dänemark und Irland der europäischen Gemeinschaft beitraten.“ [Zitat Ende]

Kurz noch zur finanziellen Belastung, die auch stets als Kritikpunkt genannt wird. Sicher wird es zur irgendeinem Zeitpunkt Transferzahlungen in die Türkei geben. Da kein Mensch die Wirtschaftsdaten in zehn oder zwölf Jahren jetzt schon voraussagen kann, ist es aber vollkommen unseriös, hier gigantische Horrorszenarien aufzubauen. Zudem ist zu bedenken, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die bestehende Zollunion die Türkei etwa drei bis vier Milliarden Euro im Jahr kostet. Wer dies also als bereits bestehendes Entgegenkommen

gegenüber der Türkei ansieht, irrt in finanzieller Hinsicht. Darüber hinaus steht den teilweise genannten Horrorzahlen folgende seriöse Überlegung entgegen, ich zitiere wiederum aus dem Bericht der unabhängigen Türkei-Kommission:

[Zitat]: „Es ist wahrscheinlich, dass das Budget der Union an einem Punkt zwischen den aktuellen 1,24 % des EU BIP und 1 %, wie von sechs großen Beitragsstaaten vorgeschlagen, gedeckelt sein wird, wodurch eine „Explosion“ des Budgets unmöglich gemacht wäre. Außerdem dürfte die Begrenzung von Transfers auf ein Maximum von 4% des BIP des Empfängerlandes – dies wird als Grenze der Absorptionskapazität angesehen – weiterhin in Geltung stehen.“ [Zitat Ende]

Auch wenn ich in meinem Referat nicht weiter auf diese wirtschaftlichen Fragen eingehen möchte, so wird doch, meine ich, deutlich, dass man nicht ohne weiteres aus wirtschaftlichen Fragen ein politisches Gegenargument zum EU-Beitritt der EU schmieden kann.

Kommen wir zum angeblich drohenden Sicherheitsrisiko. Hierzu sei gesagt, dass unstreitig gerade auf dem Gebiet der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik die Türkei bereits jetzt besonders vorbildlich mitarbeitet. Zudem ist nicht nachvollziehbar, warum sich durch einen EU-Beitritt an der außenpolitischen Sicherheitslage zwischen Türkei und EU etwas ändern sollte. Es gibt innerhalb der EU keinen Bündnisfall. Den Bündnisfall gibt es aber innerhalb der NATO, und deren Mitglied ist die Türkei schon seit Jahrzehnten. Bereits heute müssten also deutsche Soldaten in die Türkei, wenn diese von einem Nachbarstaat angegriffen würde. Warum sollte sich dies durch einen EU-Beitritt dramatisieren? Mehr doch werden sich die Möglichkeiten der Krisenprävention erweitern.

Die Chancen sind dem gegenüber erheblich. Man mag hier nur daran denken, dass die EU, schafft sie es, tatsächlich die Brücke nach Asien zu schlagen, mehr noch als jetzt zu einem global player aufsteigen wird. Immer wieder wird auch das Argument genannt, einen echten und fruchtbaren Dialog mit der islamischen Welt beginnen zu können. Auch die jetzige EU sollte ebenso wie Türkei ein vitales Interesse daran haben, die Türkei im Westen fest zu verankern. Niemand, selbst die Kritiker nicht, bestreitet, daß dies durch einen EU-Beitritt noch mehr als jetzt möglich würde.

Ein letztes noch: Die Ausstrahlungs- und Vorbildwirkung der EU ist umso größer, je mehr wir uns zu einer strukturellen Offenheit bekennen. Wir können noch stolz darauf sein, dass in so vielen Ländern, über die jetzt noch einer die Nase rümpfen mag, Gedankenspiele über einen

EU-Beitritt stattfinden. Indem wir unsere Kriterien, auch und gerade die weichen, deutlich vertreten und betonen, eröffnet sich die Möglichkeit, vollkommen gewaltlos und ohne physische Einwirkung, Reformen anzustoßen und Europa und seine Nachbarn zusammenwachsen zu lassen. Die Parole „25 ist auf jeden Fall genug“ wäre da nicht hilfreich.

IV. Aktuelle politische Diskussionen in Deutschland

Abschließend möchte ich noch kurz auf einige parteipolitische Fragen eingehen.

Aus meiner Sicht ist die Position der FDP recht einfach und lässt sich in einem Satz zusammenfassen: „Die Türkei darf nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden, als jeder andere Beitrittsaspirant“. Dem stimmen innerhalb der FDP durchaus auch diejenigen zu, wie etwa unser EU-Abgeordneter Alexander Graf Lambsdorff, die das vierte Kopenhagener Kriterium eine Aufnahmefähigkeit der EU als Gegenargument zu einem Beitritt sehen. Nach meiner Beobachtung ist der Meinungsstand zwischen denen, die auf der Basis des vorgenannten Satzes das Glas als halb voll oder halb leer ansehen, in der FDP etwa 50:50, und zwar durch alle Parteebenen hindurch, wobei ich mir hier aber eine „margin of error“ von 10 % zubilligen möchte. Immerhin hat die FDP eine sachliche, zwar kritische, aber offene Position nun seit Jahrzehnten eingenommen. Im Rest des politischen Spektrums gibt es da deutlich größere Schwankungen. So haben sich seit den 80er Jahren die Positionen der CDU auf der einen und von Rot-Grün auf der anderen Seite komplett ausgetauscht. Während man noch in der Union noch in den achtziger Jahren während der Kohl-Regierung im dortigen mainstream eine Beitrittsbefürwortung vertreten hat, hat man dies bei Rot-Grün damals strikt abgelehnt. Nun ist es umgekehrt. Ich halte die Position der SPD hierzu aber ein wenig für zu euphorisch und zum großen Teil auch dadurch erklärbar, dass man eine klare Strategie zur Gewinnung von Wählerstimmen von türkischenstämmigen Wählern hat. Das ist ja an sich nichts Schlechtes.

Die Position der Union ist meines Erachtens inzwischen wenig konstruktiv, bis gefährlich geworden. Es wird unnötig eine innenpolitische Debatte eröffnet. Wenn man jetzt am Anfang der Verhandlungen die Sache bereits auf die Straße tragen wollte, wohin soll das Ganze dann in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch eskalieren? Soll jetzt jeder zukünftige Wahlkampf mit diesem Thema geführt werden?

Kommen wir noch kurz zur privilegierten Partnerschaft, keine Wende der Union zu einer modernen Familienpolitik, sondern vielmehr angeblich das Ei des Kolumbus für das Thema Türkei-EU. Wer sich einmal die Mühe macht, im Internet danach zu suchen, was hiermit

überhaupt gemeint ist, wird im Kern auf eine ganze 9,0 Kilobyte umfassende Datei stoßen. Es handelt sich hierbei um den mit großer Schrifttype mühsam eineinhalb Seiten lang Beschluss der Präsidien der CDU und CSU vom 7. März 2004, nicht einmal also ein Parteitagsbeschluss. Dieser Beschluss besteht aus vier Punkten. Im ersten Punkt wird festgestellt, dass die Türkei und Deutschland befreundet sind. Im zweiten Punkt wird zu den Daten 1993, 2002 und 2004 referiert. Im vierten Punkt dieses Beschlusses wird gesagt, eine welch große Herausforderung der Beitritt von zehn neuen Staaten ist. Lediglich im dritten Punkt des genannten Beschlusses, auf ganzen 12 Zeilen geht die Union überhaupt darauf ein, was die privilegierte Partnerschaft sein soll. Ich zitiere:

[Zitat] „Unser Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ statt eines Beitritts trägt der europäischen Perspektive der Türkei Rechnung. Die „privilegierte Partnerschaft“ geht weit über die zwischen der EU und der Türkei eingegangene Zollunion hinaus: so könnte eine alle Gütergruppen umfassende Freihandelszone geschaffen werden. Weiterhin könnte die Zusammenarbeit vertieft werden – insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich. Zudem könnte die Türkei verstärkt in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen werden. Schließlich könnte zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und organisiertem Verbrechen die Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste deutlich intensiviert werden.“ [Zitat Ende]

Das ist unglaublich pauschal; das meiste davon gibt es bereits, genau so wie es beschrieben wird. Wenn dies das Ergebnis von fast 60 Jahren Diskussion sein soll, dann muss man an der außenpolitischen Kompetenz der Union wirklich seine Zweifel haben.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Was wäre nach alledem außen- und innenpolitisch vernünftig? Es ist wichtig, hier eine offene, aber eben konstruktive, Debatte mit der Türkei zu führen, und zwar mit dem Staat Türkei, nicht mit den Türken oder „Türken“. In der Öffentlichkeit wird nur allzuoft übersehen, dass die Türkei in die europäische Union aufgenommen werden soll, nicht die Muslime oder die Türken. Es ist bedauerlich, dass offenbar gerade in jenen Ländern, die eine bedeutende türkische Minderheit haben, die Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei eher größer ist. Umso mehr sollte man Fragen der Europapolitik und Fragen Integrationspolitik getrennt diskutieren und getrennt

abarbeiten. Ein Zusammenhang a priori ist nicht erkennbar und darf auch nicht hergestellt werden. Die von der europäischen Kommission in ihrer Empfehlung genannten drei Säulen sind ein guter Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen. Die erste Säule umfasst die Zusammenarbeit zur verstärkten Unterstützung des Reformprozesses in der Türkei, die zweite Säule betrifft die spezifische, also auf die Besonderheiten abgestimmte, Herangehensweise bei den Beitrittsverhandlungen der Türkei. Die dritte Säule schließlich sieht einen wesentlichen verstärkten politischen und kulturellen Dialog vor. Diesen mag man auch in Deutschland intensivieren. An dieser Stelle überschneiden sich dann tatsächlich Außen- und Innenpolitik. Ich würde mir hier aber eine deutlich differenziertere und informiertere Debatte als bisher wünschen. Dies gilt für beide Seiten. Auch von der türkischstämmigen Bevölkerung würde ich mir eine noch stärkere Bewegung hin zur Mitte der Gesellschaft wünschen, etwa noch mehr Eintritte in alle Parteien. Eine Zusammenarbeit hauptsächlich mit Rot-Grün, wie sie selbst von der TÜSIAD, dem türkischen Großunternehmerverband betrieben wird, ist einer breiten und konstruktiven Debatte wenig förderlich. Angesichts dieser Notwendigkeit ist der Prozentsatz der Türkischstämmigen, die naturalisiert sind, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern, erschreckend niedrig. Hier wird noch viel Initiative von allen Seiten nötig sein, um das zu ändern.

Bei aller Aufregung in den letzten Monaten, und es war ja auch gut, dass so viele Leute über das Thema diskutiert haben und diskutieren wollen, liegt doch die eigentliche Debatte und Arbeit noch vor uns. Ich wünsche der Türkei und der EU hierfür eine glückliche Hand.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gehalten am 6.11.2004 in München © Achim Doerfer